



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- Mk. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mk. Postzeitungsnummer 296. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer monatlich. Vorauszahlung für Abonnent und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herben zu richten. Redakteur: A. Zahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 10

Charlottenburg, den 6. März 1903

30. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!**

**Bekanntmachung!**

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Drie: **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Breslau** (Steingutfabrik P. Giesel), **Flörsheim a. M.** (W. Dienst), **Kronach** (Ph. Rosenthal u. Co., Fil. Kronach), **Neustadt** bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heber u. Co.), **Regensburg** (Firma Waffler) für Tellerdreher, **Selb** (Heinrich u. Hertel), **Stadtlengsfeld** (Ja. Schweizer), **Stoßheim** bei Guskirchen (Porzellanfabrik Helbig), **Zillowitz** (gräfl. Frankenberg'sche Fabrik), **Uedendorf** in Westf. (Ja. Gressel u. Co.).  
Der Vorstand.

**Die Proletarierkrankheit und ihre Bekämpfung.**

Dem Reichstage ist eine im Reichs-Gesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung zugegangen. Die Denkschrift bringt eine Fülle von Material über dieses vom Volke Proletarierkrankheit genannte, schreckliche Massenleiden bei. Indem man dieses Material kritisch prüft, gewinnt man einen Einblick in den verzweifeltsten Kampf, den der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung gegen die verwüstenden Folgen der kapitalistischen Ausbeutung führt.  
Im Jahre 1899 belief sich die Zahl derjenigen Erwachsenen, deren tuberkulöses Leiden so weit fortgeschritten war, daß sie Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen mußten, auf 226 000 Personen. Dabei bilden die in den Krankenhäusern aufgenommenen Tuberkulösen nur einen Bruchtheil der Gesamtzahl solcher Kranken.  
In dem Zeitraum 1892 bis 1900 starben in den zehn Bundesstaaten, aus denen Mittheilungen über diesen Zeitraum vorliegen, 1 066 722 Personen an der Tuberkulose, also jährlich im Mittel 118 525 Personen

oder von je 100 000 Lebenden etwa 242 Personen. Diese Durchschnittsziffer wird jedoch in einzelnen deutschen Landestheilen weit überschritten, während sie in andern erheblich kleiner ist. Sie betrug im linksrheinischen Bayern etwa 329, im Staate Bremen etwa 337, im Großherzogthum Hessen etwa 314, dagegen in der Provinz Pommern 179, in Westpreußen 149, Ostpreußen 146.  
Was die Frage nach der Zunahme oder Abnahme der Tuberkulose-Sterbeziffer anlangt, so sind an der Tuberkulose gestorben während der vier Jahre 1892 bis 1895 490 335 Personen, während der vier Jahre 1897 bis 1900 460 070 Personen, also trotz der Zunahme der Bevölkerung in jedem Jahre des ersten Zeitabschnitts. Jedoch ist eine Zunahme in Hamburg (um 1,05 Prozent), im Königreich Sachsen (um 0,8 Prozent) und in Berlin (um 0,9 Prozent) nachzuweisen, doch bilden diese Gebiete, wie die Denkschrift sagt, infolge des sehr erheblichen Bevölkerungswachstums nur eine scheinbare Ausnahme.  
Ihre Opfer holt sich die Krankheit in den meisten Fällen unter der Zahl derjenigen, die mitten im harten Daseinskampfe stehen. Von je 1000 Gestorbenen, deren Todesursache bekannt war, waren im Durchschnitt der Jahre 1897 bis 1900 der Tuberkulose jährlich erlegen: im Alter von 1 Jahr 10,9, von 1 bis 15 Jahren 84,3, von 15 bis 60 Jahren 316, über 60 Jahren 52,3. „Die Haupttodesursache“, sagt die Denkschrift, „bildet sie für das erwerbsthätige Alter von 15. bis zum 60. Lebensjahre. Gerade in diesem Alter ist die Sterblichkeit an Tuberkulose und, wie man wohl annehmen darf, die Verbreitung der Krankheit in einer die Arbeits- und Erwerbsthätigkeit beschränkenden Form weitaus am größten. . . Jede Abnahme der Sterblichkeit bedeutet einen Gewinn für die Volkswohlfaht.“  
Besonders schrecklich wüthet natürlich die Tuberkulose in den Großstädten mit ihrer massenhaft zusammengehäuften Bevölkerung.

Es starben in den Jahren 1897, 1898 und 1899, auf die betreffende Altersklasse berechnet, von je 100 000 Bewohnern im Mittel jährlich an Tuberkulose:

im Alter von	in den 28 Großstädten	außerhalb der Großstädte
1—15 J.	140,4	73,2
15—60 "	293,6	277,1

„Auch die einzelnen städtereichen Verwaltungsbezirke zeigten im ganzen eine höhere Tuberkulose-Sterbeziffer als städtearme. Sie betrug z. B. für das Alter von 15 bis 16 Jahren:

im Reg.-Bez.	bei einer städtischen 100000 Gesamt-Lebende	auf dieser wohner= Alterszahl von Klasse
Düsseldorf . . .	64,1 Proz.	335
Köln . . .	53,3	352
Wiesbaden . . .	46,7	344
Köslin . . .	27,6	199
Marienwerder . . .	24,6	171
Gumbinnen . . .	16,6	173
Bezirk Mannheim . . .	43,1	394
Konstanz . . .	29,5	191

Ueber die sozialen Ursachen der Tuberkulose-Erkrankung drückt sich nun die Denkschrift sehr vorsichtig aus. Sehr begreiflich! Würde sie hier schonungslos die Wahrheit enthüllen, dann müßte sie auf das schreckliche Verbrechen, welches die kapitalistische Ausbeutung an der Volksgesundheit verübt, hinweisen und für die deutsche Arbeiterklasse — denn sie ist es, die in erster Linie der große Bürger Tuberkulose heimsucht — verkürzte Arbeitszeit, gesündere Arbeitsräume, mehr Arbeiterschutz, höhere Löhne, billigere Lebensmittel, bessere Wohnungen verlangen. Zwar kann sie nicht umhin, dies zu verlangen, aber sie thut es doch in sehr allgemeiner und vorsichtiger Form, so daß hier die



Sozialdemokratie um so nachdrücklicher fordern muß.

Besondere Erwerbszweige werden in geradezu schrecklicher Weise von der Tuberkulose heimgesucht, während andere wieder vorzugsweise schwindtsuchtsfrei sind. Ein solcher Unterschied läßt sich besonders deutlich bei den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes anerkannten Rentenempfängern nachweisen. Unter je 1000 Fällen bildete die Tuberkulose bei männlichen Rentenempfängern aus der Berufsgruppe der Landwirtschaft, Gärtnerei und dergleichen 21,8 mal, dagegen bei den in der Industrie, einschließlich Bauwesen, Bergbau und Hüttenwesen beschäftigt gewesenen Männern 38,7 mal die Invaliditätsursache, bei weiblichen Rentenempfängern sind die entsprechenden Zahlen 14,5 und 35. Einige Berufe heben sich ganz besonders durch die Häufigkeit der Todesursache hervor. Nach den Untersuchungen von Oldendorff starben auf je 1000 Lebende im Durchschnitt von den Schleifern 23,8, von den übrigen gleichalterigen männlichen Bewohnern derselben Gegend 9,0 und nach den Erhebungen unter den Mitgliedern des Verbandes der Steinmetzen Deutschlands von 497 in den Jahren 1886 bis 1892 überhaupt verstorbenen Steinhauern 444, d. i. 89,93 Prozent an Lungenschwindsucht.

Von besonderem Interesse sind nun die Mittel und Wege, welche die Denkschrift zur Vorbeugung und allgemeinen Bekämpfung der Krankheit vorschlägt. Eine staatliche Volksgesundheitspflege, die keinerlei Rücksicht auf das kapitalistische Ausbeutungsinteresse nähme, müßte hier mit der Verkürzung der Arbeitszeit beginnen. Die Vorschläge des Reichsgesundheitsamts aber beginnen mit dem bekannten Rezept von Wasser und Seife. Nun sind wir gewiß die Letzten, welche die Bedeutung der Erziehung des Volkes zu besserer Körperpflege unterschätzen. Allein Wasser und Seife machen noch lange keinen Kranken gesund. Die lange Arbeitszeit bewirkt gerade, daß sehr große Theile des Proletariats sich körperlich nicht genug pflegen, und in einem durch lange Arbeitszeit ausgemergelten Körper wird die Tuberkulose immer reichen Boden finden und wenn der Mensch noch so reinlich ist. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß sich neben den Volkshäusern immer mehr die Fabrikhäuser entwickeln. Hier würde ein gesetzlicher Zwang Noth thun. Auch der Leibesübungen der Jugend: Turnen zc., gedenkt die Denkschrift mit empfehlenden Ausführungen.

Auf Schritt und Tritt zeigen sich jetzt die sozialen Hemmnisse für eine durchgreifende Volks-Gesundheitspflege. „Zu einer regelrechten Körperpflege gehört auch eine zweckmäßige Kleidung, zumal die Thätigkeit des Hauptorgans in vielen Beziehungen von ihr abhängig ist.“ So sagt die Denkschrift. Aber welcher Proletarier hat die Mittel, die nothwendige Sorgfalt auf seine Kleidung, namentlich hinsichtlich des häufigeren Wechsels, der Lüftung und Reinigung zu legen. Derselbe Arbeitsanzug wird täglich wieder auf den Leib gezogen, und viele Tausende laufen gar in stinkenden Lumpen umher, ohne sich andere Bekleidung beschaffen zu können.

„Unzweifelhaft ist ferner für den Gesundheitszustand des Menschen die Art der Ernährung von hervorragender Bedeutung. . . der schlecht genährte Körper erliegt dem Angriff der Krankheitserreger leichter als derjenige, welcher durch regelmäßige genügende Nahrungszufuhr die Stoffe erhält, deren er zu seinem Wachsthum und zum Ersatz des durch die Thätigkeit der Körperorgane erfolgten Verbrauchs bedarf. . . Schlechte Ernährung in dieser Zeit (nämlich den Winter-

tatsjahren) begünstigen ganz besonders die Entwicklung der aufgenommenen Tuberkulose.“ Diese Sätze der Denkschrift läßt dieselbe Regierung dem Reichstage zur Beachtung empfehlen, die soeben die Lebenshaltung des Volkes durch die Hinauftreibung der Rölle in der empfindlichsten Weise verschlechtern und die Arbeiterfamilien im Interesse des Junkerthums zu systematischem Hungerleiden verurtheilen will.

Ueberhaupt bedeutet die Denkschrift verschiedenschon geradezu eine Verurtheilung der Laueheit und Unentschlossenheit unserer Reichs-Sozialpolitik. So z. B. in der Wohnungsfrage. Sie stellt fest, daß nach Rubners Ermittelungen in Berlin, Breslau, Hamburg 10 bis 14 von je 100 Wohnungen als überfüllt gelten, d. h. in ihnen mehr als 5 Personen auf die Benutzung eines einfenstrigen Zimmers angewiesen sind. Sie anerkennt, das in der That durch den Andrang der Bevölkerung nach den Städten ein Wohnungsnothstand vorhanden sei. Aber was hat denn die Regierung zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungsverhältnisse gethan? Die Denkschrift weiß nichts anzuführen, als den Bau von Arbeiterwohnungen u. a. durch die Gelder Landesversicherungsanstalten sowie die Arbeiterwohnungs politik verschiedener Großunternehmer à la Krupp.

Bei den Maßnahmen in Bezug auf Arbeit und Beruf rühmt die Denkschrift u. a. die Wirksamkeit der Gewerbeaufsicht, muß aber gleichzeitig zugeben, daß die Berichte der Gewerbe-Inspektoren beweisen, „daß die Durchführung aller jener gesundheitlichen Anforderungen an zahlreichen Stellen großen und mannigfaltigen Schwierigkeiten begegnet.“ Der größte Theil des von ihr angeführten Arbeiterschutzes und der Bundesratsverordnungen ist erst durch die jahrelange Kritik der Sozialdemokratie hervorgerufen worden.

Ein großer Theil der Denkschrift beschäftigt sich mit der Fürsorge für die Tuberkulosen durch die Versicherungsgesetzgebung, Krankenhäuser, Volkshelstättchen, Lungenheilstätten, Genesungsheime durch Vereine und Unternehmer. Sie weiß darüber ein langes Loblied zu singen.

Gewiß sind alle diese Schöpfungen von hohem Werth und wir sind der Ansicht, daß hier noch weit mehr geschehen müßte. Aber sie müssen doch solange Palliativmittel bleiben, wie die Gesetzgebung es veräuimt, durch Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse an den Herd des Uebels zu gehen. Der gesetzliche Achtstundentag, Verbesserung der Volksernährung durch Verbilligung der Lebensmittel, mehr Arbeiterschutz und Reichswohnungsgesetzgebung, das sind die großen Wege, die bei Bekämpfung der Tuberkulose in erster Linie beschritten werden müssen.

\* \* \*

Vorstehenden Artikel entnehmen wir dem „Vorwärts“ und fügen Einiges hinzu. Die Proletarierkrankheit, „Porzellinerkrankheit“ bei uns genannt, rafft bekanntlich auch in den Kreisen unserer Berufsgenossen und Genossinnen eine große Anzahl Opfer hinweg, und wir haben alle Ursache, alle jene Bestrebungen, den schrecklichen Feind der Menschheit, die Tuberkulose, auf seiner Bahn entgegenzutreten, zu würdigen und zum Gelingen der Bestrebungen beizutragen.

Aber wir sind ebenfalls der Ansicht, daß nur eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse, insbesondere Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbilligung der Lebensmittel bezw. ein höherer Verdienst, wirksamen Erfolg haben kann.

Wenn wir leider immer nur aus den Kreisen unserer Berufsgenossen über Lohnreduzierungen und andere Drangsalirungen der Arbeiterschaft berichten müssen, so steht dieses im direkten Gegensatz zu allen den oft noch so gut gemeinten Vorschlägen zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten.

Und deshalb darf es Niemand Wunder nehmen, wenn wir als Gewerkschaftler auch so weit wie möglich dafür arbeiten, mehr Vertreter der Arbeiterinteressen in die gesetzgebenden Körperschaften zu bekommen. Wer die wahren Vertreter unserer Interessen sind, darüber besteht kein Zweifel. Im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen ja bekanntlich keine Sozialdemokraten; es sind da nur einige Freisinnige, die ab und zu wohl Anlauf nehmen, die Interessen der Arbeiter zu verfechten, doch geschieht das oft nicht in der entsprechenden Weise, zum Anderen ist die Zusammensetzung dieses Parlaments eine derartige, daß eben von dort für uns nichts besonders Gutes herauskommen kann.

In einer der letzten Sitzungen dieses Parlamentes ist aber auch einmal etwas über Verhältnisse der Porzellanarbeiter, ja sogar über deren großen Feind, die Tuberkulosegefahr, geredet worden. Obwohl nun im Königreich Preußen eine größere Anzahl Porzellanfabriken domiziliren, so darf doch aber Niemand annehmen, daß etwa die Arbeiterverhältnisse einer dieser Privatfabriken das hohe Haus beschäftigt haben, sondern es war nur die Rede von dem Musterinstitut, der Königlichen Porzellanfabrik zu Berlin.

Aus eigener Erfahrung können wir sagen, daß, obwohl noch weit ab vom Musterinstitut in allen Beziehungen, die Arbeiterverhältnisse dort aber doch bessere sind, als in den Privatfabriken; das wäre ja auch noch schöner, wenn es anders wäre.

Man kann aber gewissermaßen einen Maßstab daran anlegen, inwieweit die Verhältnisse bezüglich der Gefahr der „Porzellinerkrankheit“ in den weitaus meisten Porzellan- und natürlich auch Steingutfabriken mißliche sind, wenn sogar in der Königlichen Porzellanfabrik Klagen in dieser Beziehung vorhanden sind.

Beim Etat für Handel und Gewerbe und zwar Kap. 69a, Tit I (Königliche Porzellanmanufaktur) ergriff der freisinnige Abgeordnete Dr. Firsch (der Anwalt der deutschen Gewerksvereine) die Gelegenheit, um Einiges über Arbeiterverhältnisse in der „Königlichen“ vorzubringen.

Vielleicht beschäftigen wir uns ein anderes Mal mit dem, was er über die Verdienste der dort beschäftigten Arbeiter, über deren Urlaub, der Wittwenpension, der Pensions- und Krankenkasse zc. sagte. Für heute wollen wir nur im Anschluß an den obigen Artikel über die „Proletarierkrankheit“ das nach dem stenographischen Berichte dieser Sitzung bringen, was der Abgeordnete bezüglich der Tuberkulose gesagt hat. Er führte aus: „Einen noch wesentlicheren Grund zur Beschwerde bieten die Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Uebertragung der Tuberkulose. Wie bekannt, leiden auch gerade die Porzellanarbeiter an einer großen Tuberkulosegefahr und es ist alles aufzubieten, um bei diesem Elitekorps — die Porzellanarbeiter sind ja größtentheils als halbe Künstler zu betrachten — die verheerende Krankheit fern zu halten. Nun ist nach dieser Richtung gewiß schon manches Verdienstliche geschehen: es sind Spucknapfe aufgestellt worden, theilweise ist die Einrichtung von Wasch- und Umkleieräumen erfolgt, man hat auch damit begonnen, daß jeder Arbeiter einen eigenen Kleiderschrank hat, damit die



Kleider durch das Dichtanebenhängen nicht Ansteckung verbreiten. Aber diese Maßnahmen sind größtenteils noch nicht vollständig durchgeführt worden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Durchführung eine schnellere wäre; große Kosten sind ja damit nicht verbunden und selbst diese würden nicht hindern können, daß sie zur Abwehr solcher großen Gefahr für Gesundheit und Leben angewendet werden. (Abg. Krawinkel: Sehr richtig!) Auch die Ventilation in den Dreher- und Formerräumen soll zu wünschen übrig lassen und dieselbe wäre leicht in dem erforderlichen Maße herzustellen. Vor allen Dingen wird darüber geklagt, daß die Arbeitsplätze nicht gehörig desinfiziert werden nach dem Tode von Drehern oder Formern, der gewöhnlich infolge der Tuberkulose eintritt. Die Gefahr der Ansteckung ist für den dort eintretenden Arbeiter eine sehr große und es ist, wie ich weiß, in solchen Fällen üblich, eine gründliche Desinfektion vorzunehmen, so daß alle Krankheitskeime vernichtet werden.

Daß dies in der königlichen Porzellanmanufaktur auch geschehe, ist der herzlichste Wunsch, mit dem ich diese Anregungen schließen möchte. Es wird ein Ruhmestitel für die königliche Staatsregierung sein, wenn sie die Porzellanmanufaktur im vollsten Maße, wie sie jetzt schon größtenteils ist, auch zu einem sozialen Musterinstitut gestaltet. (Bravo links.)

Der Regierungskommissar Dönhoff erklärte dazu, daß die Direktion der Manufaktur seit Jahren bestrebt sei, dieselbe zu einer Musteranstalt auch in dieser Beziehung zu entwickeln. Er erklärte, daß seit Monaten Versuche gemacht würden, Absaugvorrichtungen für den Staub anzubringen und zu verbessern.

Wie glücklich wären die Porzellanarbeiter im Land draußen, wenn Diejenigen, für die sie für wenig Verdienst frohnden, auch nur einen Teil der oben gestreiften hygienischen Einrichtungen in ihren Betrieben hätten und dafür Sorge tragen würden. Statt dessen müssen sie oft, zusammengepfercht wie die Heringe, in dumpfen Werkstätten von Morgens bis Abends „knuffen“, um nur das Notwendigste zum Leben zu verdienen. Wenn ja einmal ein Personal wider den Stachel löst, stets ist bei den „Forderungen“ auch jene aufgestellt, daß öfter gekehrt und gescheuert wird.

Nirgends kann mehr und leichter die Lungentuberkulose sich ihre Opfer holen, als in unserem „Elitekorps“, den Porzellanarbeitern und wir haben alle Ursache, für die Wahl von Männern zum Parlament einzutreten, die für die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Proletarier-, der Porzellanfrankheit einstehen: „Der gesetzliche Achtstundentag, Verbesserung der Volksernährung durch Verbilligung der Lebensmittel, mehr Arbeiterschutz und Reichswohnungsgesetzgebung“. Dafür sind aber stets am energischsten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag eingetreten.

### „Ueberzeugen wir sie!“

Glossen über die Arbeitslosenunterstützung.

Eine vielumschriebene und oft erörterte Frage ist, abgesehen von den großen Tagesfragen, die Arbeitslosenfrage, d. h. die Frage, wie wir der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit begegnen, oder aber ihre Folgen beseitigen können.

Die Arbeitslosigkeit an sich ist eine Folge unseres heutigen Wirtschaftssystems, ihre Beseitigung wird wohl oder übel erst dann möglich sein, wenn dies ganze Wirtschaftssystem beseitigt ist. Wenn die alte Produktionsweise einer besseren Organisation der

Arbeit Platz gemacht hat, welche nicht mehr auf der Privatspekulation, sondern auf dem wirklichen Bedürfnis beruht; wenn die Produktion durch und für die Gesellschaft auf genossenschaftlicher, sozialistischer Grundlage erst einmal betrieben wird, dann wird hoffentlich auch das Gespenst der Arbeitslosigkeit verschwinden. So lange aber können wir nicht warten. Aus diesem Grunde hat man sich denn auch schon früher damit beschäftigt, die Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst abzuschwächen, und einzelne Gewerkschaften haben schon in früherer Zeit eine Arbeitslosenunterstützung für ihre Berufsgenossen eingeführt. Die ersten Gewerkschaften, welche die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit für notwendig hielten und auch dieselbe einführten, waren u. A. die Buchdrucker und die Porzellanarbeiter, andere folgten zögernd und heute ist die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung fast von allen Gewerkschaften anerkannt und sie wird nach Kräften auch durchgeführt.

Allerdings gab es eine Zeit, wo man prinzipiell dieser Bestrebungen, Arbeitslose zu unterstützen, feindselig gegenüber stand. Man war der Meinung, die Gewerkschaften seien nur Kampfgenossenschaften und die Arbeitslosen könnten sehen, wo sie bleiben, das thaten sie denn auch und nahmen die erste, beste Gelegenheit war, um z. B. während eines Streiks an die Stelle der Streikenden zu treten. Hunger thut weh, Hunger ist stärker als ein Prinzip, dem ist durch die Unterstützung Arbeitsloser theilweise abgeholfen, aber viele Gewerkschaften haben zu Zeiten schwere Opfer zu bringen, welche ihre Kräfte fast übersteigen. Da es nun nicht bloß im Interesse der Gewerkschaften, sondern auch im Interesse der Kommunen liegt, wenn Arbeiter konsumtionsfähig bleiben, so hat man auch von dieser Seite aus Versuche mit Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen angestellt. Leider sind diese Versuche im Allgemeinen als „todtgeborene Kinder“ zu betrachten; wo sie aber lebensfähig sind, da werden sie dem Arbeiter leicht gefährlich, d. h. sie bedrohen seine Unabhängigkeit, seine Freiheit. Es mußte also ein Mittelweg ausfindig gemacht werden und diesen Weg hat der Stuttgarter Gewerkschaftskongress beschritten. Der Vorschlag, eine Subvention, sei es von der Kommune, sei es vom Staat, für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung zu fordern, diese selbst aber in den Händen der Gewerkschaften zu lassen, dieser Vorschlag war ein höchst glücklicher, den Verhältnissen entsprechender. Wenn auch Genosse Mollenbuhr anderer Meinung darüber ist, an der Thatsache ändert dies wenig. — Erfahrene Gewerkschaftler haben schon früher diese Frage erwogen und die Ueberzeugung gewonnen, daß einmal die Arbeitslosenunterstützung so notwendig ist wie die Krankenunterstützung, daß sie das Interesse der Berufsgenossen weckt, dann aber auch, daß die Gewerkschaft das Unterstützungswesen nach dem Muster der englischen „Trades Unions“ selbst in der Hand behalten muß. Dadurch, daß nach dem Vorschlage Mollenbuhrs die Arbeitslosenversicherung ein Anhängsel der Invaliden- und Altersversorgung werden soll, wird die Gewerkschaftsbewegung nicht gestärkt, sondern geschwächt. Eine Schwächung der Bewegung wollen wir aber verhindern und darum sind die Stuttgarter Beschlüsse jedem zielbewußten Gewerkschaftler sympathisch.

Es hat ja der Mollenbuhr'sche Vorschlag insofern etwas für sich, als dadurch, daß die Arbeiter nicht allein die Unterstützungskosten tragen, sondern auch Nichtlohnarbeiter, Unternehmer u. s. w. mit belastet werden, daß man auch von höherer Seite durch Verkürzung der

Arbeitszeit zc. die sogenannte Reservearmee zu verringern trachten wird, andererseits aber werden die Indifferenten, welche sich den Gewerkschaften fernhalten, prämiirt; wozu sollen sie sich noch den Gewerkschaften anschließen, wenn sie durch den Staat gegen Arbeitslosigkeit geschützt sind. Dasselbe fragen sich heute schon alle die Arbeiter, welche gleich den Staatsbeamten in Staatswerkstätten Pensionsberechtigung, sowie jeglichen Schutz gegen Krankheit und Erwerbslosigkeit besitzen. Gerade durch die Stärkung der Gewerkschaften ist es möglich, das Geldjobberthum, welches doch nur einen Staat im Staate bildet, dem die allgemeine Wohlfahrt „Luft“ ist, auf seine Pflichten hinzuweisen. Starke Gewerkschaftsorganisationen sind am ehesten im Stande, das Ausbeuterthum in „Schach“ zu halten. Instinktiv wittern dies auch die Unternehmer, namentlich auch die Großindustriellen, und ihr Haß gegen die Gewerkschaften ist erklärlich; durch die Gewerkschaftsorganisation werden sie an der „Speckseite“ gefaßt; gegen politische Angriffe sind sie weniger empfindlich.

Gerade weil die Gewerkschaftsorganisationen vom Unternehmertum so vorzüglich gehaßt werden, sollte uns dies beweisen, wie wichtig sie für uns sind, und wie wir alle Ursache haben, Balken auf Balken an dieses Bollwerk zu schleppen, nicht aber es selbst zu unterminiren!

Wenn auch die heutige Arbeitslosenunterstützung innerhalb der Gewerkschaften noch dies und jenes zu wünschen übrig läßt, sie ist vor allen Dingen die Basis, auf der weiter gebaut werden muß, wollen wir nicht den ganzen Bau gefährden. Darum eben sind die Stuttgarter Beschlüsse von so hoher Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung. Wenn von gegnerischer Seite behauptet wird, die Gewerkschaften seien noch zu schwach, um Ersprießliches leisten zu können, so ist dies ein Grund mehr, fleißig zu agitiren und durch Belehrung und Aufklärung auf die träge, „dickflüssige Masse“ zu wirken, daß sie endlich in Fluß kommt. Auch der indifferente Landarbeiterchaft wird dann endlich ein Licht aufgehen, sie wird einsehen lernen, daß es ihnen ergehen kann wie „jungen Kaninchen“, welche des Besteren von den „alten Böcken“ gefressen werden; sie müssen diesen „alten Böcken“ beweisen, daß sie „auf Marmor beißen“ bei ihren Freßgelüsten; dazu haben auch sie das Recht der Koalitionsfreiheit. Wir Andern aber, die wir bereits gewerkschaftlich organisiert sind, sollten uns durch die Vor Spiegelungen von dem Indifferentismus der Landbevölkerung durchaus nicht „gruselig“ machen lassen, sondern rührig weiter werben, um unsere Häuflein stetig zu mehren.

Wie das Körnchen Schnee, welches hoch oben im Gebirge, losgelöst durch den Fuß eines winzigen Geschöpfes oder durch den Schnabel des Vogels, unten im Thale zur Lawine wird, so muß auch Wort an Wort sich heften, um die Aufklärung zu mehren, Arbeiter an Arbeiter sich schließen, Stimme mit Stimme sich vereinigen, um gehört zu werden. Und wir werden gehört werden! Noch übertönen uns die Stimmen der Kapitalisten und Unternehmer in dem großen Werdegang der Entwicklung, in dem Kampfe ums tägliche Brod; wie aber die Nestvögel, welche am meisten schreien, zuerst gefüttert werden, so auch in dem großen Nest, welches wir Staat nennen. Wir sehen das am besten an der Sippe der Agrarier, der Zöllner und sonstiger Liebesgabenempfänger. Wir Arbeiter brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir gleich dem nothleidenden Großgrundbesitzer, dem Schnapsbrenner oder Schweinezüchter



nach Staatshilfe rufen, allerdings sollten wir es nicht machen wie Genui, der um ein Linsen-gericht seine Erstgeburt verkaufte.

Der Artikel im „Korrespondenz-Blatt“, welcher sich gegen die Reform der Arbeitslosenunterstützung im Sinne der Invaliden- und Altersversicherung wendet, trifft insofern ins „Schwarze“, als er darauf hinweist, daß wir unser Geschick möglichst selbst in der Hand behalten müssen; mit dem Bevormundungs-system haben wir doch eigentlich seit circa 2000 Jahren hinreichend Erfahrung gemacht. Wir sind bestrebt, die Krankenversicherung aus bürokratischen Händen zu befreien und sie möglichst in eigene Regie zu nehmen. Betreffs der Arbeitslosenversicherung können wir nicht das Gegentheil wollen, nur weil Tausende von dem Nutzen der Gewerkschaften noch nicht überzeugt sind. Ueberzeugen wir sie!

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

#### Aufforderung.

Gemäß § 34, Absatz 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro **4. Quartal 1902** aufgefordert: Berlin II., Burggrub, Coburg, Eifernerwerda, Frankfurt a. D., Gera, Gräfenthal, Ilmenau, Klostervehra, Manesach, Polschappel, Probstzella, Saargemünd, Schwelm, Stadtlengsfeld, Tettau, Unterweißbach, Wiesau, Wunsiedel.

W. Herden, Verbandskassirer.

#### Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Ameise d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefordert:

Althaldensleben, Berlin-Moabit, Charlottenburg, Coburg, Düsseldorf, Eisenberg, Farge, Freienort, Fürstenberg a. W., Hermsdorf, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Ilmenau, Kahla, Köln-Ehrenfeld, Königszelt, Köppelsdorf, Kronach, Kups, Lauf, Lettin, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Ober-Eldib, Blaue, Probstzella, Rudolstadt, Schmiedefeld, Schönwald, Schwelm, Selb, Sighendorf, Suhl, Uhlstädt, Unterweißbach, Wegesack, Waldenburg.

W. Herden, Verbandskassirer.

### Aus unserem Berufe.

#### Zur Situation in Breslau.

Von der Verbandsleitung ist uns der an dieselbe eingegangene Bericht der Streikenden übergeben worden und lassen wir das in demselben enthaltene allgemein Interessirende hier folgen. Die Stimmung der Streikenden sei eine gute, sie stehen noch fest wie zu Anfang des Streikes und wollen nur dann die Arbeit wieder aufnehmen, wenn ihnen bezüglich Ausübung des Koalitionsrechtes nichts in den Weg gelegt wird. Der Herr Drelse habe mit Streitposten über die Streikangelegenheit diskutiert, er wünsche diese „ins Gleiche“ zu bringen, natürlich die beiden zuerst entlassenen Kollegen M. und L. würden nie mehr eingestellt, dagegen solle ein Theil der Ausständigen wieder beschäftigt werden. Eine Kommission solle mit ihm in seiner Wohnung unterhandeln und dies würde ohne Auftrag seitens der Firma eventuell geschehen. Dieser Vorschlag ist von den Streikenden abgelehnt worden, sie wollen keine Hintertrepppolitik. — Am 16. Februar hat das Gewerbegericht 4 Arbeitern eine 14tägige Lohnentschädigung zugesprochen, 2 Genossen sind mit ihrem Anspruch abgewiesen worden.

Aus Lissa sind zwei Töpfer zugereist, sie wurden von den Streikenden jedoch über die Sachlage orientirt und reissen wieder ab. Es arbeiten dort z. Bt. 13 Dreher und 10 Ungelernte. Derjenige der Arbeitswilligen, welcher der Firma weitere Ersatzkräfte zuführe, erhalte pro Kopf derselben 1 Mark. Wir meinen, das wäre keine besonders große Werthmehrschätzung solcher für das Geschäft und — den Staat „nützlichen Elemente“. In der Fabrik sei Mangel an Material, besonders Kohlen vorhanden, der Betrieb sei schon öfters auf halbe Tage beschränkt worden.

Die Namen der Ersatzkräfte werden s. Bt. durch den Vorstand des Verbandes der Doffentlichkeit übergeben werden. In dem uns vorliegenden Bericht an den Vorstand wird der Oberdreher Cicak besonders hervorgehoben, der früher in Turn und Quaim arbeitete und, wie mitgetheilt wird, in letzterem Orte auf Verlangen der Arbeiterschaft die Fabrik verlassen mußte. Dieser lerne nun die von der Straße geholten „Ersatzkräfte“ an; es scheint danach, daß dieser jede Gemeinschaft mit seinen Berufsgenossen aufgehoben und dafür die Freundschaft des Herrn Giesel und Drelse eingewechselt hat.

Der Zuzug nach der Steingutfabrik Breslau ist nach wie vor fernzuhalten, die dort Streikenden kämpfen um ihr Koalitionsrecht.

— Glasmalermeister Karl Welter in **Reheim** a. d. Ruhr soll nach einer nach hier gelangten Mittheilung seine Arbeiten den Fabrikanten um 7 pSt. billiger angeboten haben, als andere Maler. Deshalb wird er sucht, die in der „Keramischen Rundschau“ veröffentlichten Gesuche nach Malern zu ignoriren.

— Von **Untermhaus** (Gera) wird berichtet, daß in der letzten Versammlung seitens der Maler der Firma Bufe Söhne (siehe auch Notiz in voriger Nr.) lebhafteste Klage über die Lohnverhältnisse, sowie über den Obermaler geführt wurde. Ein Kollege hat sich inzwischen sein Recht bei dem Gewerbegericht gesucht und auch gefunden, während zwei andere ihre Kündigung einreichten. Es ist deshalb noch Vorsicht bei Engagements nach dort geboten.

— **Retoucheure**, die gesonnen sind, bei der Firma König und Lengsfeld in **Köln-Ehrenfeld** in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich über dortige Arbeitsverhältnisse zunächst bei der Verwaltung der Zahlstelle Köln-Ehrenfeld zu erkundigen.

— **Eisenberg**. Wir bitten alle Mitglieder, welche hier in Arbeit treten wollen, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung, resp. dem Arbeitsnachweis über hiesige Verhältnisse zu erkundigen.

Die Verwaltung.

— **Zell a. S.** Wie aus dem Versammlungsbericht der letzten Zahlstellenversammlung in Nr. 7 der „A.“ zu ersehen war, wurde ein Antrag, behufs Einführung der Lohnbücher in der Schaaff'schen Fabrik gestellt und einstimmig angenommen. Die Lohnbücher sind nun, ohne daß weitere Schritte seitens der Beteiligten gethan worden sind, von der Firma höchstwahrscheinlich unter Bezugnahme auf den betreffenden Versammlungsbericht, angeschafft worden.

Gleichzeitig jedoch hat die Firma einem Theil der Dreher eine Lohnreduzierung von 7—17 pSt. angekündigt. Es kommt diese Reduzierung bei Bechern und Schalen in Betracht, und sind diese Artikel schon so schlecht bezahlt, daß dieselben eine Reduzierung nicht mehr vertragen können und auch seitens der Beteiligten nicht angenommen wird.

Die Sonntag, 28. Februar stattgefundenen

Zahlstellenversammlung erklärte einstimmig die Reduzierung zurückzuweisen und sich mit den Betroffenen solidarisch zu verhalten.

Nach Vorstehendem dürfte es der Kollegen-schaft ohne Weiteres klar sein, daß, so lange nicht eine, die Erledigung der Angelegenheit betreffende Mittheilung an dieser Stelle gemacht wird, der Zuzug nach diesem Stabilisment vorläufig fernzuhalten ist.

### Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— Die **Wurmkrankheit** im Ruhrgebiete zieht die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich. Mancher Leser wird nicht wissen, was das eigentlich für eine Krankheit ist und deshalb dürften folgende Ausführungen der „Bergarbeiterzeitung“ zu Orientirung wohl am Platze auch für unsere Leser sein. Es heißt da u. A.:

„Bevor wir aber das Ergebnis unserer Untersuchung behandeln, sei uns gestattet, zur Informirung der Leser das Wesen der Wurmkrankheit, ihre Entwicklung, auf den Ruhrgruben und die zu ihrer Ausrottung ergriffenen Maßregeln zu skizziren. Die Seuche ist jetzt glücklich so weit gediehen, daß sie sich zu einer schweren Gefahr für das ganze Volk und für unsern Grubenbetrieb auswuchs! Es wird allerhöchste Zeit, die gesammte Doffentlichkeit, die ganze Presse, Volksvertretungen und Regierungen auf diese gemeingefährlichen Zustände aufmerksam zu machen, im Interesse nicht nur der Bergarbeiter, sondern (wie noch gezeigt wird) des ganzen Volkes.“

Nach den Konstatirungen der Fachgelehrten soll die Wurmkrankheit (Ankylostomiasis) ursprünglich nur in den Tropen, später in Italien vorgekommen sein. Aber sie fand ihren Weg über die Alpen nach Mitteleuropa. Bornehmlich hat sich zuerst die Seuche eingeknistet im ungarischen Kohlenbergbau (Brennberg). Auch im Lütticher Kohlenrevier soll die Krankheit vorkommen. Indes hat schon 1855 der Herr Kreisphysikus Dr. Albers-Essen einen Wurmkranken auf Zeche Langenbrahm entdeckt! Begreiflicherweise legte man damals dem Fall kein besonderes Gewicht bei, ob aber nicht seitdem schon ein Krankheitsheerd im Ruhrbergbau besteht, auf den man später erst anlässlich des Neuaufstretens des Wurmes aufmerksam wurde, ist mindestens zweifelhaft. Auffällig ist immerhin, daß an Zeche Steingatt, Langenbrahm benachbart ein starker Wurmheerd festgestellt ist, obgleich dort sehr wenig Ausländer arbeiteten. (Germittlungen des „Aldeutschen“ Gaues Ruhr-Lippe.) Die Herren Oberarzt Dr. Tenholt und Prof. Dr. Löhler sind nicht der von uns entwickelten Ansicht, aber wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, daß die Zechen im Oberhäufener Revier, auf welchen besonders viele österreichisch-ungarische Arbeiter angelegt sind, viel weniger (zum Theil gar nicht) wurmverseucht sind, wie die Gruben in den Revieren Dortmund und Herne. Wir geben gern zu, daß die Seuche auch eingeschleppt sein kann, jedenfalls ist für uns noch fraglich, woher. Zur Zeit ist die Krankheit aber verbreitet auf den Ruhrgruben, daß insbesondere die anderen deutschen Bergwerksbetriebe alle Veranlassung haben, Vorsichtsmaßregeln gegen Einschleppung aus dem Ruhrbecken zu treffen! Es darf dies nicht mehr vertuscht werden, thäten wir es, so schädigten wir die heimische Volkswirtschaft auf das Empfindlichste.

Ueber die Lebensfähigkeit und die Gefährlichkeit des Wurmes haben sich in den letzten Jahren die maßgebenden Ansichten sehr geändert. Was Herr Dr. Tenholt 1897 (Das Gesundheitswesen im Bereiche des Ruhr-



Knappschäftsvereins zu Bochum) über die Wurmkrankheit nach dem Standa ihrer damaligen Erforschung ausführte, hat der Verfasser in einem Vortrage am 23. September 1902 (gehalten im Sonderauschuß für Bekämpfung der Wurmkrankheit) in wesentlichen Theilen ergänzt. Wir halten uns an den erwähnten Vortrag, wenn wir die Krankheitsymptome und den Verlauf der Verseuchung schildern.

Der männliche Wurm erreicht im ausgewachsenen Zustande eine Länge von 6—8, der weibliche eine solche von 10—18 Millimeter. Er kommt nur beim Menschen vor (wenigstens ist er bisher noch bei keinem Tiere entdeckt) und muß, um zu gedeihen, in Form einer eingekapselten Larve in den Magen, von da in den Darm gelangen. Hier wächst der Wurm sich schnell aus, die Weibchen werden befruchtet, und setzen ihre Eier massenhaft ab. Diese Eier gelangen mit der Kotabstoßung des Erkrankten in's Freie. Wird der Kot an einer trockenen (als ichgültig, ob kalten oder warmen) Stelle abgesondert, so gehen die Eier ein! Kommen sie aber an warmen, schlammigen, dem Lichte möglichst entzogenen Platz, dann entwickeln sich aus den Eiern schon in 2—3 Tagen die Larven! Bleiben diese unter günstigen Verhältnissen (25—28 Grad Celsius, feucht-warme, dunkle Orte), so häuten sie sich und sind nun selbst gegen Wasser widerstandsfähig! Diese hochwichtige Entdeckung hat Herr Tenholt neuerdings gemacht, wodurch die Anschauung über die Verbreitung der Seuche eine wesentliche Umwälzung erfuhr. Denn nun ist sicher, daß sich in dem vielfach zur Verieselung der Gruben benutzten Sumpfwasser die Wurmlarven befinden können!!! Nicht die Eier, nicht die ausgewachsenen Würmer, sondern die eingekapselten Larven sind die Seuchenverbreiter. Sie befinden sich in Grubenschlamm, im Verieselungswasser, werden entweder durch die kotigen Hände dem Munde zugeführt, oder direkt mit dem Verieselungswasser verschluckt und können auch — worauf wir besonders aufmerksam machen! — in an den Körpern, Schuhen und Stiefeln der Arbeiter haftenden Kot in die Waschkäue verschleppt werden! Man bedenke, daß in einem Kotteilchen von etwa Stecknadelkopfgröße mehr als 100 Eier gefunden sind! Aus jedem Ei kann sich die gefährliche Larve entwickeln. Gelangt sie in den menschlichen Darm, dann entsteht der Wurm; er beißt sich fest, macht den Befallenen nicht nur blutarm, sondern vergiftet auch das Blut! Ein Kranker kann 1000 und mehr Würmer beherbergen. Es entsteht Blutarmuth, Wassersucht, Sicchthum, vollständiger Kräfteverfall, sogar Erblindung, und während man früher noch dem „milden Verlauf“ der Seuche vertraute, hat nun sowohl Herr Dr. Tenholt wie auch Herr Böbker ausdrücklich betont, daß „jeder Fall der Wurmvorseuchung als eine ernste Krankheit, die nicht selten tödlich verläuft, zu behandeln ist!!!“ Wo die Seuche solche Dimensionen annahm, wie auf den Ruhrzechen Schwerin, Erin, Shamrock, da ist auch der Grubenbetrieb gefährdet, weil ein bedeutender Theil der Belegschaft nicht arbeitsfähig ist! Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sinkt. Es kommen also eminent nationalwirtschaftliche Interessen in Betracht, die eine ausführliche Erörterung der Gefahr wohl rechtfertigen.“

„Dieselbe Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 8 einen Artikel „Bergarbeiterverhältnisse im Rheinischen Braunkohlengebiet“ aus welchem wir folgende Sätze citiren:

„Auf allen Werken ohne Ausnahme

herrschen geradezu entsetzliche Zustände, daß selbst die Mitteldeutschen Braunkohlenbergwerke, von denen man auch nur Sammer und Glend berichten kann, hiergegen noch wahre „Mustergruben“ sind. So fehlen, wie man mir mittheilte, auf Grube Wachtberg bei Frechen die Abortkübel gänzlich und müssen die Arbeiter ihre Nothdurft in die Wasserstrecken verrichten. Das Wasser wird nach oben — zur Brikettfabrik — gepumpt und Kaffee davon gekocht für die Arbeiter!!! Auch sonst wird dieses Schmutzwasser zum Trinken benutzt!!! Die Schweinerei ist auf fast sämtlichen Werken vorherrschend. Wenigstens wird auf allen Werken, die ich besuchte und von denen ich Arbeiter sprach, das Sumpfwasser, das schwarz wie Teer ansieht, nachdem es die Klärteiche passiert hat, als Trink- und Kochwasser benutzt. Abortkübel fehlen auf den meisten Werken gänzlich und dort, wo keine Wasserstrecken getrieben werden, verrichten die Leute ihre Nothdurft, durch die Verhältnisse gezwungen, einfach in den Förderstrecken, Wassergräben oder direkt in die Kohlen, was als „gutes Bindemittel“ für die Briketts diene. Das Fehlen der Kübel, meinten die Leute, liege daran, daß sonst ein Mann Angestellt werden müsse, der die Kübel rechtzeitig leere und desinfiziere und das koste Geld. Außerdem haben die Leute bei dem elenden Bedinge, wovon ich weiter unten erzählen werde, thatsächlich keine Zeit, die Kübel aufzusuchen. Denn auf Grube Donatus, wo 4—5 Kübel aufgestellt sein sollten, mußten Arbeiter, die über ein halbes Jahr dort arbeiteten, nichts davon. Dem Herrn Zehengewerkvereinsdirektor ist von dieser Schweinerei wohl nichts bekannt?

Auf Vereinigte Wille, wo eine Belegschaft von 6—700 Mann, meistens Ausländer, arbeiten, fehlen die Abortfässer ebenfalls. Die Leute pflegen, um das Wasser nicht allzusehr zu verunreinigen, ihre Nothdurft in dem 8—10 Minuten entfernten Wäldchen verrichten, dem sie des „wohriechenden“ Duftes halber den Namen „Rosenwäldchen“ gegeben haben. Die hier beschäftigten Ausländer, meistens Desterreicher, die in der Werkmenage einlogiert sind und deren Nahrung aus einem Stück Brod und Speck besteht, legen sich zum Essen einfach in den Bau am Wassergraben hin, schöpfen sich dann schmutziges Sumpfwasser in den Hut und trinken das zu ihrem Brod und Speck. Die Einheimischen nennen sie darum die „Wilden“. Ein „Eßbüdchen“, in denen die Leute sich während der Pausen aufhalten, die fast auf den meisten Werken vorhanden, jedoch überall viel zu klein sind, soll hier fehlen. Wo aber auch „Eßbüdchen“ sind, werden sie bei trockenem Wetter selten benutzt, weil die Leute ihr Essen gleich an der Arbeitsstelle verzehren, um ja keine Minute Zeit zu verlieren und, weil die „Eßbüdchens“ einfach von Dreck strogen! Die Wände und Fenster sind mit Schmutz und Kot beworfen, der Fußboden starrt von steifem Dreck, daß einem die Schuhe fast darin stecken bleiben. Die Marställe der Zentrumsgrafen, deren in dieser Gegend mehrere wohnen, sehen ohne Zweifel viel besser aus. In den Marställen werden aber auch kostbare Pferde gefüttert, während hier nur Braunkohlenbergleute essen. Jedenfalls würde die Bergbehörde sich das Lob aller Braunkohlenarbeiter verdienen, wenn sie als moderner Herakles den Rhein durch diese Augiasställe leiten würde.“

Das sind allerdings Zustände, nach deren Schilderung man nicht allzuviel „Sepreden“ und Artikel erst in sich aufzunehmen braucht, um ohne weiteres „unzufrieden“ mit

der herrlichen Wirthschaftsordnung, die ein Stöcker und Consorten anpreist, zu sein resp. zu werden. Und über die Ursachen der oben geschilderten Wurmkrankheit dürfte nach dieser Schilderung kein Zweifel bestehen.

— **Wirthschaftliche Mundschau.** In zunehmendem Maße hat in letzter Zeit die *Strikis* in England die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Versammlungen und Umzüge von Arbeitslosen beunruhigen den ehrsamem Philister durch Außerlichkeiten, gegen welche der Schutz der Polizei angerufen wird. Aber auch ernstere bürgerliche Kreise beginnen mehr und mehr zu fühlen, daß man der Noth nicht weiter tatenlos gegenübersehen könne; nur ist die Verlegenheit über den Weg zur Abhilfe oder doch Linderung die altbekannte. Zimmerhin schwang man sich am 18. und 19. Februar im Unterhaus zu einer längeren Debatte auf, die durch *Reir Hardie* angeregt und durch *John Burns* mannhaft fortgeführt wurde. *Reir Hardie* schätzte dabei die Zahl der in Großbritannien gegen Lohn Beschäftigten auf 12 Millionen; ziehe man davon die von Krisen weniger berührten Diensthofen, Land- und Verkehrsarbeiter ab, so verblieben 8 Millionen. Von den geschulteren, organisirten Arbeitern kenne man den Prozentsatz der Stellenlosen, nämlich 5,5 Prozent. Uebertrage man das auf die Gesamtheit, so finde man weit über 400 000 Lohnempfänger verdienstlos. Ein Rundschreiben an die Gewerkschaften habe herausgestellt, daß in Stockton zwischen 4000 und 5000 Arbeitslose seien, in Hull zwischen 3000 und 4000, in Hartlepool 5000, in Middlesexbrough 2000; in Leeds hätten sich 3662, in Bradford 1100 für die Arbeitsnachweise eintragen lassen. In Manchester habe die Polizeiverwaltung geäußert, daß alle Nachtquartiere überfüllt seien und etwa 2000 obdachlose Wanderer in Ziegeleien und im Freien nächtigen müßten. Letztes Jahr hätten die Trade Unions 265 000 Pf. Sterling (5,3 Mill. Mark) für Arbeitslosenunterstützung gezahlt; aber damit sei für die in Frage kommenden immer nur die Miete gedeckt.

Die letzte „Labour Gazette“ — die übrigens eine wesentliche Umgestaltung erfahren hat — läßt zwar das Gesamtbild noch immer als erträglich erscheinen, für einzelne Erwerbszweige verzeichnet sie jedoch gleichfalls einen schweren wirthschaftlichen Zusammenbruch. Ende Januar waren in 225 berichtenden Trade Unions mit 547 671 Mitgliedern 27 685, also 5,1 Prozent Arbeitslose. Das ist, wie gewöhnlich, eine leichte Erholung gegen den vorangegangenen Dezember (5,5 Prozent), es ist aber ein ganz beträchtlicher Abfall gegen den vorjährigen, bereits nicht mehr günstigen Januar (4,4 Prozent Arbeitslose in 217 berichtenden Gewerkschaften mit 545 604 Mitgliedern).

Auch die Jahresdurchschnitte werden jetzt zusammengestellt und sie zeigen das verfloßene Jahr 1902 fast überall tief unter den guten Jahren 1899 und 1900, in vielen Berufen und auch im ganzen sogar noch beträchtlich unter dem Niveau des schlechten Jahres 1901. Eine Uebersicht sei hier wiedergegeben. In den zehn Jahren 1893—1902 bewegte sich der Arbeitslosen-Prozentsatz in folgender Weise:

im Jahre	bet allen berich- tenden Trade Unions	in der Gruppe				
		Maschinen- u. Metall- industrie	Schiffsbau	Bau- gewerbe	Buchdruck- und Buch- binderei	
1893	7,5	9,1	10,3	8,8	4,1	
1894	6,9	9,1	15,7	4,1	5,7	
1895	5,8	6,4	12,5	3,8	4,9	
1896	3,4	2,6	8,2	1,8	4,3	
1897	3,5	3,6	7,6	1,6	3,9	
1898	3,0	3,7	4,7	1,3	3,7	
1899	2,4	2,4	2,3	1,5	3,9	
1900	2,9	2,7	2,5	2,5	4,2	
1901	3,3	3,3	3,7	3,7	4,5	
1902	4,4	4,9	7,0	4,2	4,6	
Durchschnittl. Mitgliederzahl 1901	551394	158493	67679	78140	52648	

Im einzelnen ist die Verschlechterung noch viel größer, da Kohlen- und Eisenerzgruben, die meisten Textilgewerbe, Roheisen- und Weißblechproduktion sich 1902 leidlich günstig hielten. Allein für London, das doch Unterkunft für eine rasch wachsende Arbeitererschaft gewähren mußte, wurde in den Häfen und Speichern eine Abnahme der Beschäftigten von 16 454 im Jahre 1901 auf 14 716 im Jahre 1902 konstatiert.

Am schlimmsten sieht es im Augenblick im Schiffsbau aus. Im Januar des Vorjahres 1902 verzeichnete man noch 4,7 Prozent Arbeitslose, Ende Dezember war die Zahl bis auf 14 Prozent hinaufgegangen, Ende Januar 1903 immer noch bis auf 12,9 Prozent. Distrikweise ist das Bild



Distrikte	Mitgliederzahl Ende Januar 1903	Prozent Arbeitslose		Also Zunahme seit dem Jahre Prozent
		Jan. 1903	Jan. 1902	
Tyne und Blyth	9 288	16,8	4,2	+ 12,4
Wear	4 739	25,0	4,9	+ 20,1
Tees und Hartlepool	4 961	27,5	4,9	+ 22,6
Humber	2 011	10,4	8,2	+ 2,2
Thames u. Medway	3 742	10,9	6,0	+ 4,9
Portsmouth, Devonport u. Southampton	3 306	3,9	1,2	+ 2,7
Bristol Kanalküsten	2 265	15,4	17,0	- 1,6
Mersey	3 697	6,8	3,0	+ 3,8
Barrow	1 534	0,4	2,7	- 2,3
Clyde	11 956	9,9	4,2	+ 5,7
Dumdee, Perth und Aberdeen	1 957	3,5	2,4	+ 0,9
Belfast	2 724	3,4	0,6	+ 2,8

Hauptsächlich hat also die Nordostküste gelitten. Da der Rückgang der Schiffbauaufträge für die nächste Zeit notorisch ist, so werden die schweren Zeiten für die Arbeiter so bald nicht weichen.

Amerika hat es auch hier noch immer besser gehabt. Soeben hat der Schiffbaukommissar der Washingtoner Regierung die Statistik über Anzahl und Tonnengehalt der 1902 fertiggestellten und registrierten Schiffe veröffentlicht. Danach wurden der amerikanischen dokumentierten Flotte im vergangenen Jahre 1262 Schiffe mit 429 327 Brutto-Reg.-Tons hinzugefügt gegenüber zwar 1322 Fahrzeugen, aber mit 376 129 Brutto-Reg.-Tons im Jahre 1901. Das Bestreben nach dem Bau größerer Schiffe erhält aus der Berechnung, daß auf ein Schiff im Jahre 1902 durchschnittlich 340, im Jahre 1901 nur 285 Brutto-Reg.-Tons entfielen. Die meisten Schiffe, nämlich 856 Stück mit 214 538 Reg.-Tons, wurden am atlantischen Ozean einschließlich des Golfs von Mexiko gebaut, ferner 104 Stück mit 158 230 Reg.-Tons an den großen Binnenseen, 161 Stück mit 48 432 Reg.-Tons am stillen Ozean, 128 Stück mit 7955 Reg.-Tons an den Küsten des Westens, 9 Stück mit 137 Reg.-Tons auf Puerto Rico und 4 Stück mit 35 Reg.-Tons auf Hawaii.

Es ist allerdings noch keine große Weltindustrie, die hier unausgesetzt weiter sich entfaltet. Der etablierte amerikanische Schiffbau war jahrzehntelang verfallen und regt erst in jüngster Zeit wieder die Schwingen. Aber es muß den Reiz Europas wecken, wie jenseits des Ozeans der Aufschwung anhält; und bei der europäischen Ueberproduktion auch auf diesem Gebiete ist das Heraufwachen eines neuen Zukunftskonkurrenten kein erfreulicher Ausblick.

Die Hoheisenproduktion, die sonst in Europa einen unerwarteten Umfang behielt, ist in Amerika gleichfalls in ganz anderem Maße weiter vorwärts geschritten. Nach den Aufnahmen der Amerikaner Iron and Steel Association wurden 1902 in den Vereinigten Staaten insgesamt 17 821 307 Tons zu 1016 kg Hoheisen gewonnen gegen 15 878 354 Tons und 18 789 242 Tons in den Vorjahren 1901 und 1900. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die im Jahre 1901 erreichte Ziffer schon außerordentlich hoch war, und daß sich der ungestörten Tätigkeit der Hoheisen im letzten Jahre der Mangel an genügenden Transportmitteln bei den Eisenbahnen hindernd in den Weg stellte, welcher eine hinter dem Bedarf zurückbleibende Zufuhr von Eisenerz und Koaks und daher kürzere oder längere Produktions einstellen in verschiedenen Hütten zur Folge hatte. Im Osten wirkte auch der Mangel an den peruanischen Anthracitgruben hemmend. Die unverkauften Bestände von Hoheisen in Händen oder unter Kontrolle der Produzenten belaufen sich, von den zur Weiterverarbeitung im eigenen Betriebe bestimmten Mengen abgesehen, am Schlusse des Jahres 1902 im ganzen Lande auf 49 951 Tons, während sie zu Ende 1901: 70 647 und 1900: 442 370 Tons betragen hatten. Die American Pig Iron Storage Warrant Company hatte, zum erstenmal seit ihrer Gründung, am Schlusse des Jahres 1902 gar keine Bestände auf Lager, während sie 1901 wenigstens noch 3000 Tons nachweisen konnte! Dabei hat Europa noch stark durch Einfuhr nachhelfen müssen und sich dadurch etwas Erleichterung verschaffen können! Doch diese Erleichterung ist ganz vorübergehend, die wachsende Produktionsfähigkeit Amerikas jedoch wird bleiben und unter Umständen wieder Gegenexporte der Vereinigten Staaten nach Europa erzeugen. So ist heute jede kapitalistische Absahsfreude eine sehr vergängliche.

Die deutschen Börsen vorstände haben unterdessen alle ihre Kraft und Noth zu einem Vorstoß gegen das Börsengesetz von 1896 zusammengefaßt. Das es verbesserungsbedürftig ist, leugnet eigentlich niemand; auch die Arbeitervertreter haben seiner

Zeit wegen der reaktionären Beimischungen dagegen gestimmt. Andererseits ist es aber natürlich, daß die ganze heutige Börsenmisere und am Ende gar die ganze Wirtschaftskrisis von den Zwirnsfäden der Gesetzgebung abhängen lassen zu wollen. Das Vorgehen hat sogar für die Arbeiter als Steuerzahler eine bedenkliche Reversseite: die nachbleibenden Bristaner möchten gern die Steuererhöhung von 1900 wieder los werden. Damals wurde, um die Flottenbegeisterung der hohen Finanz etwas abzukühlen, die Umsatzsteuer von zwei auf drei Zehntel pro Mille erhöht bei Aktien und bei ausländischen Effekten, soweit es sich hier nicht um Staatspapiere und Eisenbahnobligationen handelt. Die Steuer ist am 1. Juni 1900 in Kraft getreten, also gerade im ersten Jahre der niedergehenden Konjunktur. Der Ertrag der Steuer fiel somit trotz der Steigerung des Steuerfußes. In den Etatsjahren (1. April bis Ende März) 1897—1899 hatte die Umsatzsteuer eingebracht: 13 728 000 Mk., 13 445 000 Mk. und 14 987 000 Mk. Dann sank sie 1900 auf 14 917 000 Mk., 1901 auf 13 068 496 Mk., und für 1902/03 dürften sich höchstens 259 250 Mk. mehr ergeben; im neuen Etatsentwurf 1903/1904 ist das Ergebnis mit nicht ganz 13,6 Millionen angesetzt. Es ist klar, daß dabei ganz andere Faktoren ausschlaggebend gewesen sind wie die Aenderung des Stempels. Man wird darum gut thun, die Zerentäden der Börse mit möglichst großer Vorsicht aufzunehmen.

Die Reichsbank hat nunmehr doch am 11. Februar ihren Diskont auf 3 1/2 pSt. (vorher 4 Prozent) herabgesetzt. Die Bank von England dagegen ist bei ihrem, seit dem 2. Oktober geltenden Satz von 4 pSt. stehen geblieben.

In der Elektrizitätsindustrie hat das wilde gegenseitige Unterbieten bei der Auftragsbeschaffung abermals zu einer Fusion geführt: zwischen den Aktiengesellschaften Siemens u. Halske und Schuckert u. Co. Der Straßenbahnbau soll voraussichtlich gänzlich in Berlin konzentriert werden, während die Maschinenfabrikation mehr den schuckertischen Fabrikanlagen zugewiesen werden würde.

Die Versammlung der Zementwerke wegen Bildung eines deutschen Verbandes ist resultatlos verlaufen.

Berlin, 22. Februar 1903.

Max Schippel.

### Versammlungsberichte etc.

**Altwasser.** Auf die in voriger Nummer der „M.“ von Seiten des Hauptvorstandes erlassene Bekanntmachung für die Mitglieder des Beihilfefonds, sieht sich die hiesige Zahlstellenverwaltung genötigt, nochmals jede einzelne Zahlstelle aufzufordern, sofort zu den von der Zahlstelle Altwasser gestellten Anträgen bezügl. Sanierung der Klassenverhältnisse im Beihilfefond Stellung zu nehmen. (Siehe Versammlungsberichte in Nr. 7 der „M.“) Da unsere Anträge die weitgehendsten sind, so hoffen wir, daß sich auch andere Zahlstellen damit befassen werden. Uns fehlen nur noch einige Zahlstellen, um eine Mitgliederabstimmung herbeiführen zu können, und ersuchen wir deshalb alle Zahlstellen, sich über unsere Anträge zu äußern und umgehend nach hier das Resultat gelangen zu lassen, damit wir sofort unsere Anträge dem Hauptvorstand zur Mitgliederabstimmung überreichen können. Bis jetzt haben sich nachstehende Zahlstellen mit unseren Anträgen einverstanden erklärt: Berlin-Moabit, Eisenberg, Hüttensteinach, Wittenberg, Waldenburg, Schramberg.

Die Zahlstellenverwaltung Altwasser. **Burgau.** In der Versammlung vom 16. Februar waren 15 Mitglieder anwesend, 3 waren entschuldigt, 3 fehlten unentschuldigt. Der bisherige Kassier legte sein Amt nieder und wird an dessen Stelle der Gen. Reinhold und Gen. Kalbins als Kassier gewählt. Für den kranken Gen. Hoffmann in Wildau werden 5 Mk. als Unterstützung bewilligt. Zu einer längeren Auseinandersetzung gab das Betragen des Mitgliedes H. Lütke Veranlassung; es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, jedoch möchten wir ersuchen, ihm keinen Glauben zu schenken, wenn er unsere Zahlstelle in ein schlechtes Licht stellen will.

**Bahla.** Am Sonntag, den 22. Februar feierte die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges Stiftungsfest, welches seitens der Mitglieder nicht so besucht war, wie es bei einem derartigen Feste der Fall sein muß. Es mag ja viel dazu beigetragen haben, daß sich die Vergnügungsräumlichkeiten alljährlich als zu klein erwiesen haben, und die Mitglieder aus diesem Grunde dem Feste fern geblieben sind. Die einzelnen Aufführungen unserer Stadtkapelle wurden exakt ausgeführt und die Leistungen derselben mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen ist: Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 12 ordentlichen und zwei außerordentlichen Versammlungen erledigt, in welchen insgesamt 1594 Personen anwesend waren, durchschnittlich 113 Mitglieder. An Beiträgen gingen ein: 4720,20 Mk. Umeisengelder 451,75 Mk., Eintrittsgeld 11 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe an

Arbeitslosenunterstützung, Fahr- und Umzugskosten von 322,60 Mk. Unterstützung wurde gezahlt am Ort an 42 Mitglieder 1469 Tage und an 25 durchreisende Mitglieder 80 Tage. An die Hauptkasse wurden gesandt 1301,75 Mk. Für Rechtschutz 87,90 Mk. und Aushilfe für den Beihilfefond 70 Mk. Die Zahlstelle verblieben 8 pSt. = 308,20 Mark und 141,90 Mk. für Bildungszwecke. Aus den 8 pSt. der Zahlstelle wurden verausgabt: Für streikende Porzellanarbeiter 65 Mk., Nothfallunterstützung für Mitglieder am Ort 60 Mk., Unterstützung für durchreisende Mitglieder 92 Mk., Beiträge an das Gewerkschaftskartell 73,80 Mk. und als Entschädigung für die Unterlassener 40 Mk. Zu Bildungszwecken wurden verausgabt: Für Vorträge 51 Mk., für Anschaffung neuer Bibliothekbücher 57,55 Mk., für Zeitschriften 15,10 Mk. Beihilfefond: Einnahme an Beiträgen 223,08 Mk., Eintrittsgelder 5 Mk., Aushilfe von der Hauptkasse erhalten 160 Mk. Ausgabe: Für Strafen 295 Mark, für Begräbnisgeld 60 Mark. Streikmarken wurden verkauft in 5 Monaten 724 Stück. Mitgliederzahl der Zahlstelle am Schlusse des Jahres 298. Mitgliederzahl des Beihilfefonds 28. Die Gesamtzahl der in der Bibliothek vorhandenen Bände beträgt am Jahreschlusse 371; in Anspruch wurden genommen 925 Bände. Hierauf hielt Kollege Landtagsabgeordneter Fietich-Saalfeld die Festrede, in welcher er den Anwesenden den Nutzen der Organisation in klarer und verständlicher Weise vor Augen führte. Lebhafter Beifall wurde demselben am Schlusse seiner ausgezeichneten Festrede zu Theil. Wie alljährlich erfreute der Gesangsverein „Freie Sänger“ die Anwesenden durch Abgängen einiger Arbeiterlieder, welche die begeisterte Stimmung noch mehr erhöhten. Genanntem Verein sei an dieser Stelle nochmals der Dank der Zahlstelle ausgesprochen, gleichzeitig auch denjenigen Frauen, welche zur Schmückung des Saales beigetragen haben. Im großen Ganzen verlief das Stiftungsfest in schönster Harmonie und hielt die Genossen bis zur frühen Stunde beisammen. Möge es einem jeden Genossen eine Erinnerung bleiben. Denn so, Mann der Arbeit, sollst Du Feste feiern.

**Damenz.** In unserer letzten Versammlung kam nach Erledigung des Quartalsberichtes als 2. Punkt der Tagesordnung die „geplante Glasmalerkonferenz“ zur Verhandlung. Dieser an sich wichtige Punkt gab Veranlassung, daß alle Mitglieder, sowie auch die Kollegen vom Glasarbeiterverband erschienen waren und hatte eine recht regere Diskussion zur Folge, deren Quintessenz in folgender Resolution sich verdichtete.

„Die am 15. Februar versammelten Glasmaler von Ramenz erachten in anbetraucht der immer schlechter sich gestaltenden Verhältnisse im Verufe eine Konferenz für unbedingt notwendig. Um aber eine solche nicht zur Farge werden zu lassen, soll diese auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden dadurch, indem, da in unserer Branche die Kollegen in zwei Verbänden zerplittert sind, auch die Kollegen vom Glasarbeiterverband in ihrer Gesamtheit durch Beteiligungen ihrer Delegirten an der Konferenz interessiert, resp. an die dort zu fassenden Beschlüsse verpflichtet werden.“

In der Begründung dieser Resolution, welche darauf einstimmig Annahme fand, wurde ausgeführt, daß, wenn nur der eine an der Konferenz partizipierende Theil zur Durchführung der dort gefaßten Beschlüsse verpflichtet wird, während es dem anderen gedachten Theil unter Umständen ein Anschließen an den Beschlüssen und Befolgen derselben als unmöglich erscheinen kann, wir dadurch in sehr bedenklichen Situationen gelangen würden. Da die bestehende Zerplitterung der Kollegen in mehreren Verbänden ohne dies schon ein Hinderniß in unserem Vorwärtstreben bedeutet (was sich bei der Agitation zur Gewinnung der noch unorganisirten ganz besonders bemerkbar macht), so würde sich, wenn nicht von vornherein der andere Theil mit in Rücksicht gezogen wird, das Hinderniß eher noch vergrößern, anstatt verringern. Demzufolge halten wir es für eine zwingende Nothwendigkeit, daß bis zu der gedachten Zeit, zu welcher die Konferenz einberufen wird, die nöthigen Schritte einestheils im Kollegenkreis, anderentheils an den maßgebenden Stellen bei den Verbandsvorständen behufs Regelung dieser Frage gethan werden. Andernfalls wären nach unserer Ansicht die Kosten einer solchen halben Arbeit ein zu hinterher hinausgeworfenes Kapital. Bei dieser Gelegenheit machte sich auch noch eine Aussprache geltend dahingehend, daß es sehr noth thut, die sich immer unangenehmer bemerkbar machende Zerplitterung zu beseitigen und alle Kollegen in unserer Branche unter einen Hut zu bringen, und behalten wir uns Schritte in dieser Angelegenheit bis zu einem geeigneten Momente vor. Die nächste Versammlung wird sich mit Anträgen zur Konferenz beschäftigen.

**Holmar i. P.** Die Beihilfefondsmitglieder hiesiger Zahlstelle beschäftigten sich am Sonnabend, den 21. Februar mit dem Antrage Altwasser und wurde derselbe mit einer kleinen Aenderung der Sätze einstimmig angenommen. 1 bis 3 jährige



gliebschaft 26 Wochen Beihilfe, 3 bis 5 jährige  
gliebschaft 39 Wochen Beihilfe, über 5 jährige  
gliebschaft 52 Wochen Beihilfe. Anwesend waren  
Mitglieder von 11.

**Hudolfstadt-Wolkstedt.** Unsere beiden letzten  
sammlungen beschäftigten sich unter Anderem mit  
Beihilfeangelegenheit. Es wurde über die An-  
ze des Hauptvorstandes diskutiert. Die Mitglieder  
der Meinung, daß betreffende Anträge dem Bei-  
fond nichts nutzen, eher den Unwillen der Bei-  
fond-Mitglieder erregen, schon aus dem Grunde,  
den kranken Mitgliedern ihre Rechte geschmälert  
den sollen. Die Anträge des Hauptvorstandes  
den daher einstimmig abgelehnt und vorläufig  
ender Antrag gestellt: „Vierteljährlich, so lange  
Krise anhält, zwei Extrabeiträge zu erheben;  
anderweitige Regelung kann durch eine eventuell  
überufende General-Versammlung erfolgen“. In  
Versammlung vom 31. Januar wurde folgende  
olution nach vorhergegangener langer Diskussion  
enommen: „Da der Hauptvorstand über eine  
besserung des Beihilfefonds in der letzten Zeit  
Mitglieder-Abstimmung hervorgerufen hat, die  
glieder der hiesigen Zahlstelle sich aber in keinem  
tte mit dem Antrage des Hauptvorstandes ein-  
standen erklären können, da ihnen die Garantie  
t geboten ist, durch den Antrag den Beihilfefond  
nsfähig zu erhalten, so sind die Mitglieder der  
nung, daß der Beihilfefond dem Verband ein-  
leibt wird, und jedem Mitglied je nach Beitrag  
Arbeitsunfähigkeit ein Zuschuß gewährt wird.“  
Begründung: Wenn der Beihilfefond nach  
jahre nach den heutigen Verhältnissen fortbesteht,  
uß derselbe zur nächsten General-Versammlung  
ie so aufgelöst werden, und den alten Mitgliedern,  
he 30 Jahre hinein gesteuert haben, gehen ihre  
prüche verloren, haben auch keine Gelegenheit,  
eine andere Kasse mehr zu kommen. Um nun  
es zu verhindern, wäre eine Einverleibung des  
hilfefonds in den Verband das Praktischste, was  
eventuelle General-Versammlung beschließen  
te, weil dadurch kein Mitglied des Beihilfefonds  
hädigt wird, vielmehr jedem seine Rechte gewahrt  
ben. Mit der Aufforderung, die Versammlungen  
reicher zu besuchen, schließt der Vorsitzende die  
sammlung.

### Literarisches.

— Im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“,  
SW., Lindenstr. 69, erschienen: „Die Kaiser-  
den im Reichstag und die Sozialdemokratie“,  
eis 20 Pf. Agitationsausgabe pro 100 Exemplare  
Mark. Letztere wird aber nur an Wahlvereine,  
chmitttees oder Vertrauensleute abgegeben.  
— „In Freien Stunden“, die Hefte 7 und 8.  
man von M. Jofai, „Der Goldmensch“, ist fesselnd  
schreiben. Hest 10 Pf. Sehr empfehlenswerth.  
— Die Volksschule, wie sie ist, von Otto  
hle, ehemaliger Lehrer. Für die Agitation werth-  
l. Preis 30 Pf., Porto 3 Pf.  
— Verlag von S. Wallfisch, Dresden. Von  
„Gütte“, Zeitschrift für das Volk und seine  
gend, erschien Hest 23. Sehr empfehlenswerth zur  
schaffung für die Zahlstellenbibliotheken.  
— Verlag von J. Günther, Dresden. **Gid-  
wur am 1. Mai**, für Männerchor mit Solo-  
rtett, Composition von E. F. Frey, op. 13.  
hlung von Robert Seidel. Im Kampfe für den  
stündentag der Arbeiter. — Gesangvereinen sehr  
empfehlen. Partituren versendet die Verlags-  
na gern zur Einsicht.

### Versammlungskalender.

**Annaburg.** Dienstag, 10. März im „Goldenen  
19“.  
**Arneburg.** Sonnabend, 7. März, Abends  
hr im Schützenhaus. Neuester wichtige Tages-  
nung.  
**Berlin I.** Montag, 9. März, Abends 7 1/2 Uhr  
Blume, Schönhauser Allee 70.  
**Berlin II.** Sonnabend, 7. März bei Woll-  
äger, Abalbertstr. 21. Vortrag des Gewerk-  
tssekretärs G. Link über: „Arbeiterversicherungs-  
ebe“. Geschäftliches. Verschiedenes.  
**Blankenhain.** Sonnabend, 14. März, Abends  
hr im Vereinslokal.  
**Bonn-Doppelsdorf.** Sonntag, 15. März,  
m 9 Uhr bei Fajhender, Kafernenstr. 16. Wegen  
ntlicher Volksversammlung wird die Versamm-  
g pünktlich eröffnet. Alle erscheinen!  
**Charlottenburg.** Sonnabend, 14. März,  
ends 8 Uhr im Volkshaus. Die Mitglieder des  
hilfefonds werden besonders ersucht, alle zu er-  
tmen.  
**Golditz.** Sonnabend, 7. März, Abends 8 Uhr  
„Goldenen Kreuz“.  
**Döbeln.** Sonnabend, 7. März, Abends 8 Uhr  
Sempels Gasthof, Neugasse. Bibliothekbücher sind  
zubringen.

**Frankfurt a. M.-Offenbach.** Sonnabend,  
14. März, Abends 8 Uhr in Sachsenhausen, Rest.  
Vierheilig, Gr. Rittergasse. Wegen besonders wich-  
tiger Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen.

**Gotha.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr  
im Restaurant „Zur Erholung“.

**Gräfenroda.** Sonntag, 8. März, Nachmittags  
3 Uhr im Vereinslokal. Rechnungslegung. Bei-  
tragszahlen. Die Vertrauensmänner werden um  
Ablieferung des Betrages für verkaufte Streikmarken  
ersucht.

**Grünstadt.** Sonnabend, 7. März, bei Strickler.  
**Hamm.** Sonnabend, 7. März, Abends 8 Uhr  
im Vereinslokal.

**Höhr.** Sonnabend, 7. März im Vereinslokal.  
Wahl eines Vertrauensmannes zur Agitations-Kom-  
mission.

**Kolmar.** Sonnabend, 7. März, Abends 8 Uhr  
im Restaurant Leichert.

**Mannheim.** Sonnabend, 7. März, Abends  
8 Uhr in der Stadt Prag, Koppelstr. 36.

**Meißen.** Sonnabend, 7. März im Thumhaus.  
Beihilfefondsmitglieder müssen alle erscheinen.

**München.** Sonnabend, 7. März im Vereins-  
lokal. Vortrag. Alle Mitglieder haben zu er-  
scheinen, auch Bibliothekbücher sind mitzubringen.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 14. März im  
Vereinslokal.

**Regensburg.** Sonntag, 8. März, Nachmittags  
2 1/2 Uhr bei Dechant, Steinweg.

**Roda.** Sonnabend, 7. März, Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinslokal. Tagesordnung wird in der Ver-  
sammlung bekannt gegeben. Sämtliche Bibliothek-  
bücher sind mitzubringen.

**Selb.** Sonntag, den 8. März im Vereinslokal  
Ludwigskeller. Wichtige Tagesordnung. Alle er-  
scheinen.

**Sorgau.** Sonnabend, 7. März, Abends punkt  
7 Uhr in Hübners Gasthof. Vortrag des Gen.  
Michaelis-Waldenburg über: „Giebt es eine Har-  
monie zwischen Kapital und Arbeit?“ Erscheinen  
Alle ist Pflicht.

**Sophienau.** Sonnabend, 7. März, Abends  
8 Uhr im Vereinslokal. Vortrag. Referent und  
Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

**Spandau.** Sonnabend, den 7. März, Abends  
8 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden er-  
sucht, ohne Ausnahme zu erscheinen.

**Stadtilm.** Sonnabend, 7. März, Abends  
8 Uhr im „Schloß“. Sämtliche Mitglieder sind  
eingeladen.

**Schmiedefeld.** Sonntag, 15. März, Nachm.  
3 Uhr im Vereinslokal.

**Schwarza.** Sonnabend, 14. März im Ver-  
einslokal. Erscheinen aller ist erwünscht.

**Tiefenfurt.** Sonnabend, 7. März im Ver-  
einslokal.

**Vordamm.** Sonnabend, 7. März, Abends  
7 Uhr im Vereinslokal.

**Weißwasser.** Sonnabend, 7. März, Abends  
8 Uhr im Vereinslokal.

### Sterbetafel.

**Altwasser.** Paul Leuschner, Dreher,  
geb. 12. September 1842 zu Weißstein, gest.  
13. Februar 1903 an Herzschlag. Krank  
3 Jahre 25 Wochen. Mitglied des Verbandes  
und Beihilfefonds.

**Mannheim.** Albert Niri, Maler,  
geb. 8. Mai 1876 zu Sonneberg, gestorben  
16. Februar an Lungenschwindsucht.  
Letzte Krankheitsdauer 15 Wochen.

**Oberhohndorf.** Ernst Otto Läs-  
fig, Maler, geb. 26. Februar 1875 zu  
Wildenfels, gest. 13. Februar 1903 an  
Lungentuberkulose. Letzte Krank-  
heitsdauer 1 Jahr 2 Monate.

**Tiefenfurt.** Rudolf Niri, Maler,  
geb. 1. August 1882 zu Hartmannsdorf, gest.  
25. Februar 1903 an Herzschlag. Krank  
6 Tage.

Ehre ihrem Andenken!

## Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiers  
und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Ältestes Geschäft dieser Art.

## Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen  
Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige  
Lappen, Pfusel, Paletten,  
Flaschen, Mäpfe u. s. w.** werden  
ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit  
2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell  
erledigt.  
H. Haupt, Dresden-A.  
Sammerstr. 12.



**Gold und alte Abfälle**  
Flaschen u. s. w. kauft zu hohen Preisen  
Herrn Sammermüller  
Niederplanitz i. S., Zwickauerstr. 86 B.

**Glanzgold** bester Qualität, 10 Gramm 3,50 Mark,  
bei Abnahme grösserer Quantitäten billiger  
offeriert Emil Böhme, Goldgeschäft, Eisenberg S.-A.

Für  
**Obermaler  
und Mustermaler!**  
Leicht Nebenverdienst zu  
erreichen, pr. Jahr 150—200  
Mark.

Offerten unter „Bohemia 60“ an die  
Redaktion dieses Blattes.

**Dresden.** Montag, den 9. März, Abends 8 Uhr  
**Öffentliche Versammlung**  
im Vereinslokal. Vortrag des Gen. Kampf über  
Verufskrankheiten. Zu dieser Versammlung sind alle  
Verufsgenossen eingeladen.  
Der Einberufer.

**Kolmar.** Für den Gen. Hoffmann sind fol-  
gende Gelder eingegangen: Waldenburg 5 Mark,  
Burgau 5 Mk., Schlierbach (Zierformerei) 5 Mk.,  
Kolmar 19,25 Mk., Weißwasser 5,30 Mk., Elbogen  
und Zsch 16,22 Mk. oder 19 Kronen, Pöschappel  
5 Mk. Summa 60,77 Mk. Bereits quittirt 53,97 Mk.  
Summa 114,74 Mk. Den Gebern besten Dank.

**Druckfehler-Berichtigung.** In der Quittung  
des Verbandskassiers über eingefandte Gelder im  
4. Quartal 1902 (Nr. 9) soll es bei Wiberach nicht  
heßen 14,04 Mk., sondern 15,04 Mk.

**Arbeitsmarkt.**  
**2 junge Porzellanmaler**  
tüchtig in Dekor, Blumen, Fond, Staffage und  
Maud, suchen für sofort Stellung. Auf Wunsch  
Probearbeiten auf Papier. Gest. Offerten unter F. 22  
postlagernd Frankfurt a. O., Postamt 1 g.

**Junger Porzellanendreher**  
sucht Stellung als Becher- oder Schälendreher, auch  
Tellerüberformer. Eintritt sofort. Offerten unter  
F. 100 an die Red. d. M.  
Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und  
verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur:  
Richard Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3  
Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg,  
Wallstr. 69.



# Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 4. Quartal 1902.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse			
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.		Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.		
An Kassenbestand p. 3. Quart. 1902	10	165	06	—	—	—	1	315	47	Per Mehrausgabe v. 3. Quart. 1902	—	—	—	—	1	225	14		
Einsendungen der Zahlstellen	11	592	29	3	399	30	2	346	91	Aushilfe an die Zahlstellen	12	101	28	—	—	3	231	72	
Privatabonnements	—	—	—	1	87	82	—	—	—	Zuschuß an die Organkasse	3	02	62	—	—	—	—	—	
Inserate	—	—	—	1	86	75	—	—	—	Beiträge an die Generalkommission	5	02	86	—	—	—	—	—	
Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	7	14	Reisegelder und Diäten	1	48	15	—	—	—	—	—	
Zurückgezahlte Rechtschutzkosten	2	54	21	—	—	—	—	—	—	Agitation	4	25	80	—	—	—	—	—	
Zuschuß aus der Verbandskasse	—	—	—	3	02	62	—	—	—	Druckkosten der „Anzeige“	—	—	—	2	608	70	—	—	
Generalversammlungs-Protokolle	9	1	30	—	—	—	—	—	—	Autorenhonorar	—	—	—	1	49	50	—	—	
Sonstige Einnahmen	8	90	—	5	51	—	14	50	—	Zeitungsabonnement	—	—	—	14	31	—	—	—	
										Expeditionsporto	—	—	—	6	62	70	—	—	
										Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	4	93
										Gehälter	1	950	—	5	00	—	—	—	—
										Schreibhilfe	3	90	—	—	—	—	—	—	—
										Sitzungsentschädigung	1	79	25	—	—	—	—	—	—
										Entschädigung der Revisoren	9	30	—	—	—	—	—	—	—
										Porto	1	82	95	4	60	—	—	—	—
										Bureau-Utensilien	9	5	80	—	—	—	—	—	—
										Bureaubedarf und -Material	1	79	25	—	—	—	—	—	—
										Drucksachen	2	87	50	—	—	—	—	—	—
										Buchbinderarbeiten	4	9	—	—	—	—	—	—	—
										Packmaterial	—	—	—	3	3	10	—	—	—
										Bureaumiethe	1	18	75	—	—	—	—	—	—
										Bureaureinigung	5	2	50	—	—	—	—	—	—
										Heizung und Beleuchtung	1	4	14	—	—	—	—	—	—
										Versicherungsbeiträge	8	7	17	8	34	—	—	—	—
										Sonstige Ausgaben	3	7	25	50	75	—	—	—	—
Summa	22	111	76	4	082	—	2	861	41	Summa	17	066	57	4	082	—	4	456	86
Mehrausgabe	—	—	—	—	—	—	2	095	45	Saldo	5	055	19	—	—	—	—	1	587
Summa	22	111	76	4	082	—	4	456	86	Summa	22	111	76	4	082	—	4	456	86

Gesamt-Vermögen	Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefond		Kautionskasse		
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	
3% Reichsanleihe	5	3	000	—	—	—	10	000	
3 1/2% Reichsanleihe	—	—	—	—	—	—	—	2	200
Darlehen an den Böhmisches Verband	7	766	16	—	—	—	—	—	
Kassenbestand der Hauptkassen	5	055	19	—	—	—	—	1	537
Kassenbestand der Zahlstellen	7	947	30	—	—	2	494	78	
Summa	7	8	768	65	—	—	12	494	
Mehrausgabe	—	—	—	—	—	—	—	2	095
Summa	7	8	768	65	—	—	10	399	

Zahlstellen am Schluß des 3. Quartals . . . 146      Revidiert und für richtig befunden.      Charlottenburg, den 1. Januar 1903.  
 Mitgliederzahl am Schluß des 3. Quartals . . . 3137      Charlottenburg, den 21. Februar 1903.      Wilhelm Herden.  
 Mitgliederzahl des Beihilfefonds . . . 1754      W. Poesenecker.      K. Munt.      S. Jacob.      Verbandskassirer.

## Rechnungs-Abschluß für den Streikfond pro 4. Quartal 1902.

Einnahme	Mt.	Pf.	Ausgabe	Mt.	Pf.		
An Einsendungen	1	488	18	Per Mehrausgabe vom 3. Quartal 1902	1	008	23
				Unterstützung nach Neustadt bei Coburg	4	002	83
				" " " Kronach	1	85	—
				" " " Köppelsdorf	1	82	—
Summa	1	488	18	Summa	5	378	06
Mehrausgabe	3	884	93				
Summa	5	378	06				

Revidiert und für richtig befunden.      Charlottenburg, den 1. Januar 1903.  
 Charlottenburg, den 21. Februar 1903.      Wilhelm Herden, Verbandskassirer.  
 W. Poesenecker.      K. Munt.      S. Jacob.